

Söder

Report



Wer will sich nicht impfen lassen? Merkwürdige Ergebnisse

In Deutschland wollen sich zahlreiche Menschen nicht gegen das Corona-Virus impfen lassen. Nun wurde bekannt, dass insbesondere Ärzte, Pfleger oder andere medizinische Fachleute auffallend oft bis dato auf die Impfung verzichteten. Dies jedenfalls berichteten die „DWN“. „Auffallend viele Krankenpfleger und Ärzte lehnen eine Impfung ab“, heißt es in dem Beitrag. Dabei würden sich in einigen medizinischen Einrichtungen „bis zu zwei Drittel des Fachpersonals nicht impfen lassen“, hieß es. Das Ergebnis ist umso erstaunlicher, als genau diese Berufsgruppen zu jenen rechnen, die am stärksten gefährdet seien. Sie sind zudem besonders systemrelevant im Gesundheitswesen, das wiederum Pate für die Notwendigkeit der ganzen Lockdowns steht. **Woran liegt das?** Impfskeptiker, wie Menschen mit Misstrauen gegenüber den Nebenwirkungen bezeichnet werden, dürften sich über solche Meldungen weniger überrascht zeigen. Mehr Interesse dürfte allerdings auch von Seiten der Befürworter erwartet werden. Hier hat beispielsweise die DPA Vermutungen aufgestellt. Demnach würden für die fehlende Impfbereitschaft vor allem „Falschinformationen“ verantwortlich sein. Auch die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen seien nicht optimal. „Viele Menschen würden in Krankenhäusern ohnehin „nicht unter optimalen Bedingungen arbeiten.“ So weit dann ein Arbeitgeber die Empfehlung abgebe, sich impfen zu lassen, würde dies möglicherweise eine „gewisse Gegenreaktion“ auslösen. Immerhin helfen die DWN nach: „Der naheliegende Grund für die Zurückhaltung wird nicht genannt. Die hochkomplizierten Impfstoffe wurden in kürzester Zeit entwickelt und zugelassen und niemand weiß, welche lang- oder mittelfristigen Folge- und Nebenwirkungen die Stoffe haben.“ Das jedenfalls klingt plausibel. Möglicherweise aber wird es gelingen, die zumindest numerische Impfskepsis in den medizinischen Fachberufen noch durch entsprechende Anordnungen - wer sich nicht impft, kann Dritte nicht schützen - aufzuweichen. Dies würde wohl die meisten Skeptiker hierzulande nicht mehr überraschen.

Wie sieht es in den Krematorien Sachsens aus?

In zahlreichen Medien häufen sich die Bilder und Berichte, wonach in Sachsens Krematorien der Notstand praktisch ausbricht. Die Särge würden sich stapeln, heißt es. Neun von zehn sächsischen Krematorien würden am Limit arbeiten. Corona, so hat auch die Deutsche Welle berichtet, würde die Krematorien in diesem Bundesland an die Belastungsgrenze bringen. **Ist Corona schuld?** In einer kleinen Zeitung, dem Vogtland Anzeiger, klingt dies allerdings anders. Dort war der Leiter des Krematoriums von Plauen zu lesen, Steffen Fröbisch. Der Bericht aus der Zeitung: „Ich werde zur Zeit mit Presse-Anfragen geradezu bombardiert. Man will am besten Fotos von Leichenbergen. Machen sie bitte keinen Skandal draus“, erklärt der Leiter des Krematoriums in dem Beitrag. Dabei sei über die Feiertage einfach ein Rückstau entstanden, weil vier Arbeitstage (24./25./31.12. und 01.01.) entfielen. Weiter führt ein namentlich nicht genannter „Bestattungsunternehmer aus Bad Elster“ aus: „Eine Stadt wie Bad Brambach hat einen Altersdurchschnitt von 75 Jahren. Wir, also das Vogtland, sind die älteste Region Sachsens. Es ist klar, dass da irgendwann mehr Menschen sterben als anderswo – einfach, weil die Jungen fehlen.“ Leider bzw. sogar ganz schlimm, so der Unternehmer weiter, sei

es, dass der Lockdown für alle überzogen sei. Denn die Hinterbliebenen dürften sich noch nicht einmal von den Verstorbenen verabschieden. 70 % der Toten kämen aus Krankenhäusern oder aus Heimen. 30 % kommen von zu Hause. „Bei denen, die zu Hause sterben, stehe nie Covid als Todesursache auf dem Totenschein; bei denen aus Heimen stehe es bei ‚allen‘ auf dem Schein“. Die Verstorbenen wären durchgehend sehr alt. Zudem wird zitiert, dass die Sterbefälle, die seit Dezember rasant zunehmen, vor allem die Gruppe der über 80jährigen treffe - sowie einige Fälle mit sehr schweren Vorerkrankungen. Die Verstorbenen würden ohne Obduktion als Covid19-Verstorbene klassifiziert.

Planwirtschaft voran: Die neue Impfstrategie

"Der Staat muss jetzt die Unternehmen koordinieren und alle Impf-Kräfte bündeln - notfalls auch ordnungsrechtlich", ließ die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock per Twitter über ihr Wirtschaftsprogramm wissen. Mit anderen Worten: Der Staat soll hier eine zentralwirtschaftliche Lenkungsfunktion übernehmen. Ähnlich sieht dies offenbar auch der bayrische Ministerpräsident Markus Söder. "Deshalb sollte es eine Not-Impfstoffwirtschaft geben, in der der Staat klare Vorgaben macht", so der CSU-Vorsitzende gegenüber der "Welt". Dies wiederum fand den Gefallen von Baerbock: "Gut, wenn endlich auch Teile der Union @markus soeder einsehen, dass der Markt in einer Pandemie nicht alles regelt. So wie wir im letzten Frühjahr Pandemiewirtschaft für Masken + Beatmungsgeräte vorgeschlagen haben, ist heute Notimpfstoffwirtschaft das Gebot der Stunde!" **Zentrale Wirtschaftslenkung** Die Vorstellung lautet also in etwa, der Staat müsse Unternehmen verpflichten, vorhandene Ressourcen zur Produktion des Impfstoffs bzw. mutmaßlich zum Abfüllen des Impfstoffs zu beschlagnahmen. Unternehmen, die dementsprechend verpflichtet werden, wissen zumindest nach diesen Vorstellungen allerdings noch nicht, wie viel Geld sie als Entschädigung erhalten, andere Produktionen still zu legen. Hinter der Not steckt wahrscheinlich auch System. Die meisten Parteien im Bundestag plädieren offenbar mehr oder weniger für die staatliche Kommandowirtschaft. So wird die Energieerzeugung mittlerweile so stark geregelt wie wohl nie zuvor in der bundesdeutschen Wirtschaft. Die Strompreise sind, wie kürzlich an dieser Stelle berichtet, denn auch so hoch wie nirgends. Die Berliner Senatsverwaltung operiert im Kampf gegen die Wohnungsarmut, die sich in steigenden Mieten äußert, mit einer staatlich verordneten Preispolitik - dem Mietendeckel. Kritiker sprechen von staatlicher Mangelverwaltung, wie man sie zumindest im Osten der heutigen Republik über Jahrzehnte schon versuchte. Im Kampf um mehr Impfstoff-Produktionskapazitäten wäre die Lösung möglicherweise recht einfach: Der Staat könnte den Anreiz durch hohe Preise deutlich erhöhen. Die Industrie würde sich freuen - und die Lösung wäre mutmaßlich um ein Vielfaches günstiger als jeder einzelne Tag des Lockdowns.

Staatsrechtler: Impfpflicht für Pflegepersonal ist verfassungswidrig

Der Staatsrechtler und Rechtswissenschaftler Professor Dr. Dietrich Murswiek (Professor

für Staatsrecht an der Universität Göttingen und Universität Freiburg) hält eine Impfpflicht von Pflegepersonal für verfassungswidrig. Die vom bayerischen Ministerpräsidenten Söder vorgeschlagene Corona-Impfpflicht sei „verfassungsrechtlich völlig ausgeschlossen“, erklärte Prof. Murswiek in einer Pressemitteilung vom 13.01.2021: „Nach dem bisherigen Stand der Kenntnisse schützt die Impfung zwar vor der Erkrankung an Covid-19 – Ob sie auch die Infektiosität der geimpften Personen verhindert, weiß man aber nicht“, stellte Murswiek klar. Eine Zwangsimpfung verletze das Grundrecht der Betroffenen auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG). Der Eingriff in dieses Grundrecht lasse sich nicht rechtfertigen, weil er nicht geeignet sei, andere Menschen zu schützen. Er sei auch nicht damit zu rechtfertigen, dass das Pflegepersonal selbst geschützt werde, so Murswiek. Der Staat dürfe niemanden zwingen, sich selbst zu schützen, zumal im Falle der Corona-Impfung das Risiko langfristiger Nebenwirkungen noch gar nicht bekannt sei, fuhr Murswiek fort. Jeder Mensch müsse frei entscheiden können, ob er sich impfen lassen wolle oder nicht. „Eine Zwangsimpfung des Pflegepersonals lässt sich auch nicht mit dem Argument rechtfertigen, dass die in Krankenhäusern und anderen Pflegeeinrichtungen tätigen Personen dringend zur Versorgung der Kranken benötigt werden und dass die Zwangsimpfung dazu diene, krankheitsbedingte Ausfälle von Pflegepersonen zu verhindern“, stellte Murswiek klar. Die Begründung degradiere die Pflegepersonen unter Missachtung ihres Rechts, über den eigenen Körper zu bestimmen, zum Instrument öffentlicher Zwecke. Das sei mit der Menschenwürde der Betroffenen unvereinbar. Die Impfpflicht etwa hatte der bayrische Ministerpräsident Söder in den vergangenen Tagen in die Diskussion eingebracht. Offensichtlich ein Vorstoß, um hier auch die Medien in diese Richtung zu treiben - was gelungen ist.

Söder will Pflegekräfte zwangsimpfen lassen

Die Abstände, in denen Markus Söder von Bayern Schock-Bomben-Attacken auf die Bevölkerung fallen lässt, werden immer kürzer. Nach der jüngsten Verteufelung von Kritikern der Corona-Maßnahmen, welche Söder als die „neue Corona-RAF“ bezeichnete, plädiert der Ministerpräsident nun für eine Impfpflicht für Pflegekräfte. Er „beklagte“, dass es in Alten- und Pflegeheimen zu viele „Impfverweigerer“ gebe. Der deutsche Ethikrat solle deshalb Vorschläge machen, für welche Gruppen eine Impfpflicht denkbar wäre, sagte Söder der „Süddeutschen Zeitung“. Söder fuhr fort: „Ich werbe da für eine konsequente und offene Diskussion. Es ist wie immer in solchen Dingen, es wird zunächst mal gesagt: Nein, geht gar nicht. Also wollen wir jetzt Corona besiegen oder wir sollen es nicht besiegen. Deshalb muss es seine Debatte über eine mögliche Impfpflicht geben. Ob es dann kommt, muss der Bund entscheiden. Wir haben eine Impfpflicht bei Masern, dafür gibt es gesetzliche Grundlagen im Bund. Sollte sich die Impfbereitschaft dramatisch verbessern, ist es sicher nicht notwendig. Aber wenn es so bleibt auf dem Level der nächsten Monate, dann ist das einfach der Bereich, der die größte Anfälligkeit hat und die größte Herausforderung ist.“ Viele Pflegekräfte und Klinik-Mitarbeiter wollen sich nicht impfen lassen. Sie sind Fachleute und wissen über die Gefährlichkeit der Notfall-zugelassenen Impfung Bescheid. Berichte über Verstorbene in Altenheimen nach der Pfizer/Biontech nehmen zu. Auch Berichte über starke Nebenwirkungen wie anaphylaktische Schocks, hohes Fieber und Schüttelfrost häufen sich. Abgesehen von den kurzfristigen Nebenwirkungen, die nach Meinung von Kritikern sogar zum Tod führen können, sind die Langzeitauswirkungen noch gar nicht bekannt, da diese Impfung, welche

de facto ein Eingriff in das Genmaterial darstellt, noch nie für Menschen zugelassen worden ist. Dementsprechend heftig fällt die Kritik bei Betroffenen aber auch bei Kritikern der Zwangsmaßnahmen aus. Sahra Wagenknecht twitterte: „Wer #Pflegekräften nun Kündigungen androht & #Zwangsimpfung ins Spiel bringt, handelt respektlos und trägt zu Verunsicherung bei. Statt noch mehr Druck & Zwang braucht es Anerkennung & Respekt für Pflegekräfte - nur so lässt sich Misstrauen abbauen!“ [Hier weitere kritische Statements](#) von Twitter-Nutzern gegenüber der angedrohten Impfpflicht:
<https://twitter.com/PaulvonHind1847/status/1347492154042691584>
<https://twitter.com/realTomBohn/status/1348895735341838340>
<https://twitter.com/RPurk1/status/1348900372040065025>
<https://twitter.com/BerlinerHedoni1/status/1349025749542580224>
https://twitter.com/Grund_gesetzt/status/1348726102773084162

Impressum

neopresse.com

Neopresse.com ist eine Marke der

Alternative Media Publishing

Volker Hahn

Hauptstraße 134

D-51143 Köln

Mail: [info \(@\) am-publishing.de](mailto:info@am-publishing.de)

Web: www.am-publishing.de

Impressum: www.am-publishing.de/impressum/

Datenschutz: www.am-publishing.de/datenschutz/

Verantwortliche für eigene Inhalte von Alternative Media Publishing gem. § 55 RStV: